

# Wieder kontroverse Diskussionen im Stadtrat von Kirchberg

## Bürgermeister Lanninger: Atomfreie Zone kein Tagesordnungspunkt

-h- KIRCHBERG. Die Juni-Sitzung des Kirchberger Stadtrates war überschattet von kontroversen Debatten, die sich im Anschluß an die Bürgerfragestunde über eine Stunde hinzogen. Dabei ging es darum, ob ein von der SPD-Fraktion vorgelegter Antrag im Stadtrat behandelt werden kann oder ob rechtliche Gründe dagegen sprechen.

Die Vorgeschichte: Im Februar 1983 fand eine öffentliche Sitzung der SPD-Fraktion des Kirchberger Stadtrates statt. In dieser Sitzung beschloß man, dem Stadtrat einen Antrag vorzulegen, in welchem zum Ausdruck kommt, daß der Stadtrat entschlossen sei, „... im Rahmen des geltenden Rechts keine Maßnahmen zu unterstützen, die der Stationierung, der Lagerung, der Herstellung und dem Transport von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungsmitteln dienen.“ (Siehe HZ vom Februar 1983).

Bürgermeister Lanninger war nicht bereit, dieses Thema als Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung der März-Sitzung des Stadtrates aufzunehmen. (Siehe HZ vom 26./27. März 1983). Er vertrat folgende Auffassung: „Der Bürgermeister hat die Aufgabe, auf die Einhaltung von Recht und Gesetz zu achten. In den Fällen, in denen eine Gemeinde nicht zuständig ist, darf er Angelegenheiten, die in die Kompetenz des Bundes fallen, nicht auf die Tagesordnung setzen“. Bürgermeister Lanninger stützte sich hierbei auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (30. Juli 1958), auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Darmstadt (26. April 1982), auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel (21. März 1983) und auf einen gleichlautenden Beschluß des Bundesinnenministeriums.

Die SPD-Fraktion gab sich damit nicht zufrieden, sondern veröffentlichte unter der Rubrik „Leserbrief“ einen Artikel in der Hunsrücker Zeitung (5. April 83), in dem folgende Vorwürfe gemacht wurden: „Bürgermeister Lanninger und die ihn unterstützenden Stadtratsfraktionen haben es sich doch sehr leicht gemacht; sie wollen offensichtlich den bequemen Weg gehen und einer sachlichen Diskussion unseres Antrages im Stadtrat, wo sie dann auch selbst Stellung beziehen müßten, ausweichen.“

## Vorwürfe zurückgewiesen

Bürgermeister Lanninger wies in der Juni-Sitzung des Stadtrates diese Vorwürfe der SPD-Fraktion als völlig unbegründet zurück, wobei er es als einen ungewöhnlichen und einmaligen Vorgang bezeichnete, daß ein Fraktionssprecher, dessen Antrag nicht angenommen wurde, in einem „Leserbrief“ einer Tageszeitung für seine Meinung, beziehungsweise die Meinung seiner Fraktion wirbt. In der Sitzung vom 17. März 1983 hatte sich der Fraktionsvorsitzende für seine Anschuldigung entschuldigt. Umso unverständlicher erschien es dem Rat, daß er in dem Leserbrief-Artikel den gleichen Vorwurf erneut erhoben habe.

Der Bürgermeister wiederholte die Gründe, die es ihm untersagen, das Thema „Kirchberg, atomwaffenfreie Zone“ auf die Tagesordnung zu setzen. Mit Ausnahme der anwesenden sechs SPD-Mitglieder des Stadtrates billigten alle anderen Ratsmitglieder geschlossen die Stellungnahme des Bürgermeisters. Nach vertiefenden Ausführungen der Stadträte Wöllstein, Lamby und Elsen faßte der erste Beigeordnete Erwin Wagner das Ergebnis dieser kontroversen Auseinandersetzungen mit folgenden Worten zusammen: „Wir wurden von den Bürgern unserer Stadt nicht gewählt, um hohe Politik zu machen. Die Bürger erwarten

von uns, daß wir uns für ihre realisierbaren örtlichen Belange einsetzen. Die Vorwürfe, die Bürgermeister Lanninger gemacht wurden, sind absurd, unverständlich und unhaltbar. Im Interesse einer gedeihlichen Zusammenarbeit zum Wohle aller Bürger unserer Stadt ist es wünschenswert, wenn solche Kontroversen, wie wir sie bereits zum zweiten Mal erleben mußten, künftig unterbleiben.“

## Nachtrag beschlossen

Den über- beziehungsweise außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 1982 stimmte der Rat nach kurzer Diskussion einstimmig zu. Auf Empfehlung des Hauptausschusses wurde einstimmig eine Nachtragshaushaltssatzung beschlossen, mit dem im Vermögenshaushalt Einnahmen und Ausgaben um 666 600 Mark erhöht werden. Die Gesamtbeträge werden im Verwaltungshaushalt in Einnahme und Ausgabe auf 2 682 250 Mark und im Vermögenshaushalt auf 1 178 400 Mark festgesetzt.

Der Bebauungsplanentwurf „Salzbitz“ sieht vor, daß durch einen zusätzlichen Wohnweg ab dem ausgewiesenen Wendehammer im „Baugebiet III“ sechs weitere Bauplätze eingeplant werden. Die Gesamtzahl der Bauplätze erhöht sich dadurch auf 58. Der Bebauungsplan wurde einstimmig angenommen.

HZ 30.06.1983

# „Was ist das für ein Politikverständnis?“

**Zu: „Weder kontroverse Diskussionen im Stadtrat von Kirchberg“ (HZ vom 30. 6. 1983):**

„Absurd, unverständlich und unhaltbar“ findet der Erste Beigeordnete von Kirchberg, E. Wagner, die Vorhaltung der SPD gegenüber dem Bürgermeister, daß dieser versuche, einer sachlichen Diskussion über den Beschlußantrag der SPD auszuweichen, „keine Maßnahmen zu unterstützen, die der Stationierung, der Lagerung, der Herstellung und dem Transport von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungsmitteln dienen“. Die Bürger hätten den Stadtrat „nicht gewählt, um hohe Politik zu machen“, sondern um sich für die „realisierbaren, örtlichen Belange einzusetzen“.

Was ist das für ein Politikverständnis, das sich in den Äußerungen des Ersten Beigeordneten Wagner spiegelt? Politik machen, das heißt schon im alten Griechenland, „der Stadt Bestes suchen“. Halten die Mehrheitsfraktionen im Stadtrat es etwa für das Beste der Stadt, wenn im Gebiet von Kirchberg atomare, biologische und chemische Massenvernichtungsmittel gelagert, transportiert oder gar hergestellt würden? Meint der Bürgermeister etwa ernsthaft, der Bürger erwarte von ihm und dem Stadtrat lediglich irgendwelche Verwaltungsbeschlüsse über Wirtschaftswege und Bebauungspläne, wenn in der nächsten Umgebung bereits atomare Waffen stationiert sind und in nächster Zeit noch in erhöhtem Maße stationiert werden, deren frühzeitige Vernichtung für jeden Gegner von höchstem Interesse sein muß, so daß auch Kirchberg ins Visier gegnerischer Raketen rückt?

Im Hahn sind Atombomber stationiert und lagern Atomwaffen. Bei Kastellaun stehen Nike-Herkules-Raketen, geeignet

für Atomsprengköpfe. Vor allem aber: Wüschheim soll mit 22 Millionen Dollar (!) zur Hauptabschlußbasis für amerikanische, atomare Marschflugkörper (cruise missiles) ausgebaut werden (vgl. HZ vom 25. 6. 1983). Die Raketentransporter werden möglicherweise mitten durch Kirchberg fahren. Und darüber meinen die Mehrheitsfraktionen im Stadtrat nicht einmal diskutieren zu müssen?

Der formale Hinweis des Bürgermeisters auf die fehlende Kompetenz der Gemeinden in dieser Sache zieht nicht. In einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1958 wird im Gegenteil ausdrücklich als Grundrecht der freien Meinungsäußerung anerkannt, „auch zur Frage der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr seine Meinung zu äußern“. Niemand sei daran gehindert, „weder der Bürger noch die Gemeinde“. Zudem hat das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg gerade festgestellt: „Da durch die Ausführung militärischer Projekte stets auch kommunale Interessen berührt werden, kann die Befugnis zur Beschäftigung mit Fragen dieses kommunalen Betroffenseins von verteidigungspolitischen Entscheidungen und Planungen einer davon möglicherweise betroffenen Gemeinde nicht abgesprochen werden“.

Die Weigerung der Mehrheitsfraktionen im Stadtrat, sich mit der Frage „Kirchberg — atomwaffenfreie Zone“ zu befassen, ist nicht nur Ausdruck von Bequemlichkeit, sie ist vielmehr zugleich Zeichen einer Vogel-Strauß-Politik, die die Bedeutung, die die amerikanische Aufrüstung insbesondere für unsere Region mit sich bringt, verschwiegen oder zumindest verharmlosen will. Die SPD sollte ihren Antrag notfalls mit Hilfe der Gerichte auf die Tagesordnung des Stadtrates von Kirchberg setzen lassen.“

Michael Haberkamp, Badenhard

HZ 09.07.1983

# Antrag der Bürgerinitiative soll dem Stadtrat vorgelegt werden

## Unterschriftenaktion zum Thema „Kirchberg – atomwaffenfreie Zone“

KIRCHBERG. Etwa 15 Prozent der wahlberechtigten Kirchberger Bürger haben mit ihrer Unterschrift eine Bürgerinitiative „Kirchberg – atomwaffenfreie Zone“ unterstützt, die an den Stadtrat der Stadt Kirchberg eine Resolution gerichtet hat. Diese hat folgenden Wortlaut:

„Wir, die Unterzeichner, fordern den Stadtrat der Stadt Kirchberg auf, Kirchberg zur atomwaffenfreien Zone zu erklären und im Rahmen des geltenden Rechts keine Maßnahmen zu unterstützen, die der Herstellung, der Lagerung, der Stationierung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungsmitteln innerhalb der Gemarkung Kirchberg dienen. Weiterhin fordern wir den Stadtrat auf, auf die Bundesregierung einzuwirken, Kirchberg bei der Planung und Vorbereitung von Herstellung, Lagerung, Stationierung und Transport atomarer, biologischer und chemischer Massenvernichtungsmittel auszuschließen.“

In der Begründung heißt es unter anderem:

„Kirchberg zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, hat nur symbolischen Charakter; jedoch können viele solcher Zeichen und Symbole im Endeffekt bei den verantwortlichen Politikern eine Bewusstseinsänderung bewirken . . .

. . . Diese Tatsache ist mit der Verpflichtung des Stadtrates, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden, nicht vereinbar. Daher darf der Stadtrat keine Maßnahmen unterstützen, die der Herstellung, Lagerung, Stationierung innerhalb der Gemarkung Kirchberg dienen. Aus diesem Grund wird der Stadtrat aufgefordert, im Rahmen eines Beschlusses

HZ 2.9.83  
seinen Willen zu bekunden, keine solchen Maßnahmen zu unterstützen.“

Die Vertreter der Bürgerinitiative haben von Stadtbürgermeister Lanninger die Zusage erhalten, den Antrag dem Stadtrat bei der nächsten Ratssitzung vorzulegen.

Als Sprecher der Bürgerinitiative, die zu dem Antrag vor dem Stadtrat gehört werden müssen, fungieren: Horst Braun, Axel Weirich und Waldemar König.

Strassenbauamt Bad Kreuznach  
Strassenmeisterei Kirchberg

Kirchberg, den 10. Oktober 1983

Herrn  
Axel Weirich  
Simmernerstr. 53

6544 Kirchberg/Hunsrück

Betr.: "Atomwaffenfreie Zone "  
hier: Wiederrechtliche Beklebung von Ortstafeln

Bezug: ohne

Sehr geehrter Herr Weirich !

Wir haben festgestellt, daß die Ortseingangsschilder in die Stadt Kirchberg mit Aufklebern wie in Betr. angegeben beklebt wurden. Es liegt die Vermutung nahe, daß die Friedensinitiativgruppe Kirchberg der Sie angehören (lt. Ihrem Schreiben vom 24.5.1983 an die Strassenverwaltung Rheinland-Pfalz) für diese Aktion verantwortlich ist.

Sie werden hiermit aufgefordert (weil keine andere Anschrift bekannt) dafür Sorge zu tragen, daß die Aufkleber unverzüglich, spätestens bis zum 14.10.83 wieder entfernt werden.

Sollte dieser Termin nicht eingehalten oder Beschädigungen an den Verkehrszeichen festgestellt werden, wird Anzeige wegen Sachbeschädigung gestellt und Schadenersatzforderungen geltend gemacht.

Eine Durchschrift dieses Schreibens geht an das Strassenbauamt Bad Kreuznach.

Im Auftrag

  
Bauamtman

# KIRCHBERG - AUF DEM WEG ZUR « Atomwaffenfreien Zone » ?

Während einer Podiumsdiskussion, die anlässlich der Friedenswoche 1982 in der Kirchberger Stadthalle stattfand, unterzeichnete ein Mitglied der SPD-Stadtratfraktion den Aufruf "Hunsrück-Atomwaffenfreie Zone". Daraufhin wurde der Kommunalpolitiker von einem Mitglied der Friedensinitiative Rhein-Hunsrück gefragt, ob er gegebenenfalls im Stadtrat die Forderung nach einer "Atomwaffenfreien Zone Kirchberg" unterstützen würde. Dies wurde von ihm bejaht.

Um der Forderung nach der atomwaffenfreien Zone Kirchberg Öffentlichkeit zu verschaffen, beschloß die Kirchberger Friedensgruppe eine Befragung der Bürger.

So zogen Mitglieder der Friedensgruppe in der Zeit vom 26. Januar bis 8. Februar von Haustür zu Haustür, um der Kirchberger Bevölkerung die Frage zu stellen:

"Würden Sie es eher begrüßen oder eher ablehnen, wenn der Stadtrat die Stadt Kirchberg zur atomwaffenfreien Zone erklären würde?"

Das Ergebnis war eindeutig: 77,6 % der Befragten äußerten ihre Zustimmung zu einem solchen Beschluß. Wenn man bedenkt, daß mit 701 Befragten rund 1/3 aller wahlberechtigten Kirchberger (die Umfrage beschränkte sich auf Wahlberechtigte) ihre Meinung äußerten, so kann man schon sagen, daß die Umfrage mehr als repräsentativ war.

Parallel zu dieser Umfrageaktion bereitete die SPD-Stadtratfraktion einen Antrag vor, der beinhaltete, der Stadtrat der Stadt Kirchberg möge keine Maßnahmen unterstützen, die der Stationierung, Lagerung, Herstellung oder dem Transport von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungsmitteln auf Kirchberger Gebiet dienen.

In der Hauptausschußsitzung, in der die Tagesordnung für die Stadtratssitzung am 17. März festgelegt wurde, weigerte sich der Ortsbürgermeister, Herr Willi Lanninger, wohlgerneht nicht die Mehrheit der an der Ausschußsitzung teilnehmenden

Ratsmitglied er, den Antrag der SPD für die Schaffung der atomwaffenfreien Zone Kirchberg auf die Tagesordnung aufzunehmen. Als Grundlage für seine sehr eigenmächtige und undemokratische Entscheidung berief sich Herr Lanninger auf den Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz.



Herr Lanninger hatte den Gemeinde- und Städtebund um eine Stellungnahme zum Thema "Atomwaffenfreie Zone" gebeten und von diesem den Rat erhalten, dieses Thema erst gar nicht auf der Tagesordnung einer Ratssitzung zuzulassen, da es die Zuständigkeit eines Stadtrates überschreite.

Hierzu muß gesagt werden, daß der Gemeinde- und Städtebund eine freiwillige Arbeitsgemeinschaft ist, die zu Anfragen, wie der von Herrn Lanninger, lediglich eine eigene Meinung äußern kann, die jedoch völlig ohne bindende juristische Bedeutung ist; und somit ist auch die ablehnende Entscheidung von Herrn Lanninger ohne jegliche rechtliche Grundlage.

In der Stadtratssitzung vom 17. März führte Herr Lanninger dann als weitere Begründung seiner Entscheidung ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1958 an, das Gemeinden untersagt, sich mit generellen Fragen der Rüstung zu beschäftigen, da dies Bundesangelegenheit ist.

Das Urteil bezieht sich allerdings nur auf eine Umfrage-Aktion, die Ende der fünfziger Jahre in einigen hessischen Gemeinden durchgeführt wurde.

Die Fragen lauteten damals :

1. "Sind Sie damit einverstanden, daß deutsche Streitkräfte mit atomaren Sprengköpfen ausgerüstet werden ?"

2. "Sind Sie damit einverstanden, daß in Deutschland Abschußvorrichtungen für atomare Sprengköpfe angelegt werden ?"

wenden, auf ihrem Gemeindegebiet ... zum Beispiel eine Abschußbasis für Atomsprengköpfe zu errichten, sie ist aber nicht befugt, sich in der selben Weise gegen ... militärische Anlagen schlechthin zu wenden."

Um das Thema "Kirchberg - Atomwaffenfreie Zone" doch noch, auch gegen die Eigenmächtigkeit des Herrn Lanninger, auf die Tagesordnung einer Stadtratssitzung zu bringen, hat die Kirchberger Friedensgruppe eine Bürgerinitiative ins Leben gerufen.

Grundlage hierfür ist der Paragraph 17 der Gemeindeordnung . Er besagt, daß eine bestimmte Anzahl von Bürgern (in Kirchberg wären dies rund 250) mit ihrer Unterschrift den Stadtrat auffordern kann, sich mit einem bestimmten Thema zu befassen.



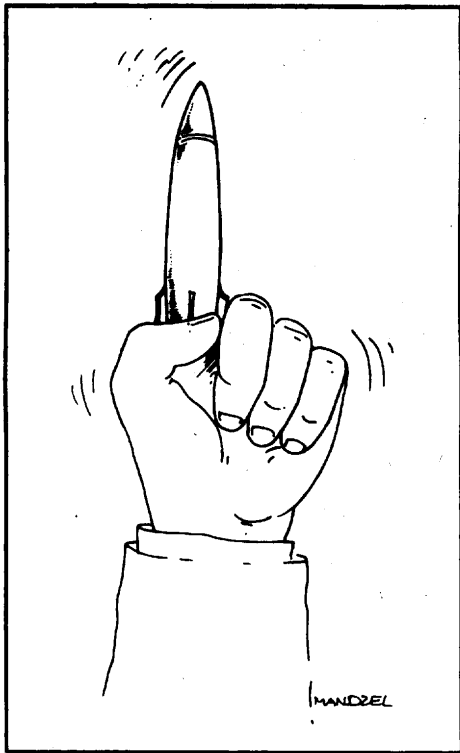
Dies waren zwei Fragen, die sich mit grundlegenden rüstungspolitischen Entscheidungen befaßten. Sie bezogen sich nicht auf das Gebiet einer Gemeinde, sondern befaßten sich mit der Bewaffnung der Bundeswehr und der Verteidigungspolitik generell.

Das Bundesverwaltungsgericht entschied im gleichen Jahr :

"Die Gemeinde mag berechtigt sein, sich gegen konkrete Absichten zu

Ob der Antrag der Bürgerinitiative im Stadtrat behandelt wird, entscheidet nach Paragraph 17 der gesamte Stadtrat, und nicht allein der Bürgermeister.

Die Kirchberger Friedensgruppe ist zuversichtlich, daß die Mehrheit des Stadtrates dafür ist, ihren Antrag in einer Ratssitzung zu behandeln. Denn jedes Ratsmitglied ist dazu verpflichtet, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden. Die zahlreichen Unfälle, die



aus FR 9.4.83

sich bereits bei der Herstellung oder dem Transport von Massenvernichtungsmitteln ereignet haben, zeigen, daß diese "Waffen" nicht erst in einem Krieg der Bevölkerung Schaden zufügen..

Dabei ist zu bedenken, daß auf Kirchberger Gebiet bereits Manöver mit Atomwaffen stattgefunden haben und dies wohl auch noch in Zukunft der Fall sein wird, falls der Stadtrat nicht einschreitet.

Auch ist ein Treibstofflager, das mit Sicherheit mit den im Herbst zu stationierenden neuen Mittelstreckenraketen zusammenhängt, im Gespräch, das im Nordteil der Gemarkung Kirchberg errichtet werden soll.

Es wird sich hoffentlich zeigen, daß in unserem demokratischen Staat der Wille der Mehrheit der Bürger mehr zählt, als die Wille eines eigenmächtigen Bürgermeisters.

Axel Weirich

Das Flugblatt an die Bürger von Kirchberg:

Bürgerinitiative "Kirchberg-atomwaffenfreie Zone"

Wir, die Unterzeichner, fordern den Stadtrat der Stadt Kirchberg auf, Kirchberg zur atomwaffenfreien Zone zu erklären und im Rahmen des geltenden Rechts keine Maßnahmen zu unterstützen, die der Herstellung, der Lagerung, der Stationierung oder dem Transport von atomaren,

biologischen oder chemischen Massenvernichtungsmitteln innerhalb der Gemarkung Kirchberg dienen. Weiterhin fordern wir den Stadtrat auf, auf die Bundesregierung einzuwirken, Kirchberg bei der Planung und Vorbereitung von Herstellung, Lagerung Stationierung und Transport atomarer, biologischer und chemischer Massenvernichtungsmittel auszuschließen.

**Begründung** Die Tatsache, daß weltweit jährlich mehr als 1.000 Milliarden DM für Rüstungszwecke ausgegeben werden und gleichzeitig über 3 Millionen Menschen verhungern ist zutiefst unmoralisch. Die Menschheit hat die Möglichkeit, sich selbst mehrfach (20 mal) zu vernichten, ist aber nicht in der Lage, den Hunger in der welt wirksam zu bekämpfen. Dieser Zustand ist für jeden, der unter "Fr den" mehr als nur die Abwesenheit von Krieg versteht, nicht länger tragbar. Deswegen müssen Zeichen gesetzt werden für die verantwortlichen Politiker in Ost und West diesem Wahnsinn des Wettrüstens endlich weltweit ein Ende zu bereiten.

Kirchberg zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, hat nur symbolischen Charakter; jedoch können viele solcher Zeichen und Symbole im Endeffekt bei den verantwortlichen Politikern eine Bewußtseinsänderung bewirken.

Viele Kirchberger leben in Angst und Sorge angesichts immer neuer, immer bedrohlicherer Waffen, die nicht erst in Krisenzeiten Menschen gefährden. Die vielen Unfälle, die bisher bekannt geworden sind (AVerkehrsunfälle mit Atomraketen, Explosionen einer chemischen Waffenfabrik in der Sowjetunion), beweisen die Gefährlichkeit solcher Waffen bereits bei Herstellung, Lagerung und Transport.

Diese Tatsache ist mit der Verpflichtung des Stadtrates, "Schaden von der Bevölkerung abzuwenden", nicht vereinbar. Daher darf der Stadtrat keine Maßnahmen unterstützen, die der Herstellung, Lagerung, Stationierung oder dem Transport innerhalb der Gemarkung Kirchberg dienen. Aus diesem Grund wird der Stadtrat aufgefordert, im Rahmen eines Beschlusses seinen Willen zu bekunden, keine solchen Maßnahmen zu unterstützen.

**ENTRÜSTET**

**EUCH**



Die Antwort :

# INFOS

Kirchberg, 12. Okt. 1983

6544 Kirchberg

Strassenmeisterei Kirchberg  
z. Hd. Herrn Mörsdorf

6544 Kirchberg

Sehr geehrter Herr Mörsdorf,

hiermit nehme ich bezug auf Ihr Schreiben vom 10. Oktober und teile Ihnen mit, daß die von Ihnen erwähnten Aufkleber nicht von mir angebracht wurden. Auch ist mir nicht bekannt, daß es sich bei den Aufklebern um eine Aktion der Kirchberger Friedensgruppe handelt. Im Übrigen weise ich Ihren Versuch, mich pauschal für eventuelle Aktionen der Kirchberger Friedensgruppe verantwortlich zu machen, entschieden zurück und bitte Sie, dies in Zukunft zu unterlassen.

Mit freundlichem Gruß

## STRASSENMEISTEREI KIRCHBERG BE- SCHLAGNAHMT INFORMATIONSTAFEL



Das Ergebnis der Umfrage des Kirchberger Friedensstammtisches im Februar '83, daß 77,62 % der Bürger für eine "atomwaffenfreie Zone" sind, wurde an der Bundesstraße B 50 auf einem Privatgrundstück aufgestellt. Doch schon 2 Tage später war es weg. Wie sich erst 2 Wochen später herausstellte, hatte die Straßenmeisterei das Grundstück betreten, und das Schild ausgegraben und mitgenommen. Erst auf Beschwerde stand das Schild dann plötzlich hinter dem Haus (siehe Foto). Grund der Aktion: Das Schild verwirre die Autofahrer, und zudem sei die Farbe des Schildes (gelb) nur Verkehrsschildern vorbehalten. Ein erneutes Anbringen würde mit Geldstrafe geandert. Vielleicht hätte ein Klingeln an der Wohnungstür und ein Gespräch die Angelegenheit besser lösen können!

## „Atomwaffenfreie Zone Herrstein“

**HERRSTEIN.** Der Ortsgemeinderat von Herrstein hat jetzt in einer Sitzung den Beschluß gefaßt, das Ortsgebiet und die Gemarkung Herrstein als „atomwaffenfreie Zone“ zu deklarieren. „Lagerung und Einsatz atomarer Waffen sind“, so der Wortlaut des Beschlusses, „innerhalb des Ortes und auf der Gemarkung Herrstein untersagt“.

„Mit dieser Entscheidung möchten die Mitglieder des Ortsgemeinderates ihr demokratisches Verantwortungsbeußtsein für die Sicherheit aller Einwohner zum Ausdruck bringen. Eingedenk der Tatsache, daß in Eifel, Hunsrück und Pfalz, also rings um das kleine Dorf Herrstein, in Fliegerhorsten, Raketenstellungen, Giftgaslagern und anderweitigen militärischen Einrichtungen bereits Waffenpotential konventioneller und nuklearer Art in unvorstellbarer Stärke angehäuft worden ist, lehnt der Gemeinderat Herrstein innerhalb seiner Zuständigkeit jeglichen Umgang mit Atomwaffen ab“, wurde dazu erklärt.

Schon Ende 1982 hat sich die Hunsrücker Gemeinde, in der Nähe von Idar-Oberstein gelegen, symbolisch zur "atomwaffenfreien Zone" erklärt; unbemerkt zum größten Teil vom übrigen Hunsrück.  
(Nahe-Zeitung, v. 15. Nov. 82)

## Hunsrück Atomwaffenfreie Zone

Diese Aufkleber können für 1,- DM pro Stück bezogen werden bei H. Jordan, 06761/5921 oder J. Trauth, 06762/7802.

**Hinweis:** Mit dem Kauf der Aufkleber wird die Arbeit der Friedensinitiative unterstützt!